



NZZ Online

Dienstag, 18. Mai 2010, 18:10:31 Uhr, NZZ Online

Nachrichten > Startseite

25. April 2010

Genug der Ränkespiele – die UBS braucht Rechtssicherheit

Der Staatsvertrag mit den USA in der Causa UBS droht am Nein von SVP und SP zu scheitern. Die Folgen wären fatal, und zwar für die ganze Schweiz, schreibt Felix E. Müller

Die Aussenpolitische Kommission des Nationalrats hat sich soeben mit klarem Mehr dafür ausgesprochen, den Staatsvertrag zwischen der Schweiz und den USA abzulehnen. Dieser Vertrag soll die Rechtsstreitigkeiten der UBS in Amerika endgültig beilegen, in die sie aus eigenem Verschulden verwickelt worden war. Für die Bank ist diese Rechtssicherheit enorm wichtig, will sie möglichst rasch zur Normalität zurückfinden.

Verantwortlich für dieses Nein sind die SVP und die SP. Die beiden Parteien haben sich in einer unheiligen Allianz zusammengefunden, um das Thema UBS zu politischen Zwecken zu nutzen, wenn auch mit unterschiedlicher Zielsetzung. Für die SP ist der Staatsvertrag das Pfand in der Hand, um ihre Vorstellungen von der künftigen Regulierung des Finanzmarkts durchzusetzen. Saläre und Boni, Machtbeschränkungen für die Grossbanken, schärfere Eingriffsmöglichkeiten der Aufsichtsbehörden: In all diesen Bereichen fordern die Genossen Konzessionen als Preis für eine Zustimmung zum Vertrag.

Die SP verknüpft folglich zwei sachfremde Themen – die Probleme der UBS in den USA und die Bankenregulierung in der Schweiz – und spielt eine politische Pokerpartie mit hohem Einsatz. Doch nicht selten steht dabei der Spieler am Ende mit leeren Händen da. Sollten die Zugeständnisse zu gering sein, welche die SP erhält, sähe sie sich zur Wahrung der politischen Glaubwürdigkeit am Ende gezwungen, den Vertrag – vermutlich gegen ihre tiefsten Instinkte – abzulehnen. Für die SVP ist die UBS dagegen ein Element ihrer Wahlkampfstrategie für 2011. Die Rennleitung der Partei rechnet offensichtlich damit, dass am Ende die SP einschwenkt und zusammen mit der politischen Mitte dem Staatsvertrag im Parlament zu einer knappen Zustimmung verhelfen dürfte. Dies würde es der SVP erlauben, diese Mehrheit zu beschuldigen, einmal mehr den Widerstandsgeist der Schweiz preisgegeben und sich ausländischem Druck gebeugt zu haben. Der FDP liesse sich im Speziellen vorwerfen, das Geschäft der unbeliebten Grossbanken und verfeimten Abzocker zu besorgen.

Die SVP stellt somit ihre wahltaktischen Dispositionen höher als alle andern Überlegungen, höher also auch als die Frage, welche Lösung am ehesten im Interesse des Landes sei. Über eine seriöse Alternative zur Zustimmung zum Staatsvertrag verfügt sie jedenfalls nicht. Wenn Christoph Blocher vorschlägt, die Bank solle die Bankdaten selbst herausgeben, tönt diese Aufforderung zum Rechtsbruch aus dem Mund eines ehemaligen Justizministers doch speziell.

Der unmittelbare Effekt einer Ablehnung (oder einer Zustimmung mit gleichzeitiger Unterstellung unter das Referendum) wäre, dass 4450 mutmassliche US-Steuerbetrüger vorerst aufatmen könnten, weil die Bankdaten nicht herausgegeben würden. Es wäre ihnen also vergönnt, die Früchte ihres gesetzwidrigen Verhaltens weiter zu geniessen. Die SP geriete deswegen in einen gewissen Erklärungsnotstand: Ausgerechnet die Partei, die sich für die Aufhebung des Bankgeheimnisses, die Bekämpfung der Steuerflucht, den automatischen Informationsaustausch einsetzt, liesse in diesem konkreten Fall viele mutmassliche Grossbetrüger ungeschoren davonkommen. Die SVP wiederum müsste ihren Büzern, Bauern und KMU-Besitzern erklären, weshalb der Schutz von US-Steuerbetrügern so wichtig ist, dass man dafür das Risiko eines Wirtschaftskriegs zwischen der Schweiz und den USA eingeht. Denn Washington wird ein Nein zum Staatsvertrag nicht tatenlos hinnehmen. Im Kongress liegt ein ganzes Arsenal von wirtschaftspolitischen Folterinstrumenten bereit, die sich gegen die Schweiz einsetzen lassen.

Und als unmittelbare Massnahme käme nach dem Nein in Bern die sofortige Neuauflage der Klage gegen die UBS in Florida, mit der die Herausgabe von 52 000 Kundendaten verlangt wird.

Für die UBS begänne damit alles nochmals von vorn: Rechtsunsicherheit, negative Publizität, der Abfluss von Kundengeldern, Verluste, Prozesslawinen. Die grösste Schweizer Bank, ein zentraler Faktor der Binnenwirtschaft und eine Stütze des internationalen Finanzplatzes, stände erneut vor einer ungewissen Zukunft.

Die Zustimmung zum Staatsvertrag stellt keinen Persilschein für die UBS dar. Diese verhielt sich in der Vergangenheit grobfahrlässig und hat soeben mit dem neusten Bonusprogramm einen katastrophalen Mangel an Sensibilität bewiesen. Die Zustimmung muss vielmehr trotz dem Verhalten der Bank erfolgen – im nackten Eigeninteresse der Schweizer Wirtschaft und damit der ganzen Schweiz. Anders gesagt: Mit einem Nein fügt sich die Schweiz primär selbst Schaden zu. So unvernünftig sollten nicht einmal Politiker sein.

Diesen Artikel finden Sie auf NZZ Online unter:

http://www.nzz.ch/nachrichten/startseite/genug_der_raenkespiele__die_ubs_braucht_rechtssicherheit_1.5547533.html

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG

Alle Rechte vorbehalten. Vervielfältigung oder Wiederveröffentlichung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von NZZ Online ist nicht gestattet.
